

Inhaltsverzeichnis

Öffentlicher Raum: «Kinder haben zu wenig Platz zum Spielen»	2
Politische Vorstösse: Was wäre Ihre erste Handlung als Nationalrat?	3
Arbeitsame Politiker: «Mein Studium finanzierte ich als Käser»	4
EU-Flüchtlingspläne: «Allein in der Schweiz gab es mehr Asylgesuche».....	5
Dschihad-Hotline: «Schweizer Muslime unter Generalverdacht»	6
Soziale Ungleichheit: Der Klassenkampf beginnt beim Heiraten	7
Grüne Vorstösse: Pestizide machen krank – Greenpeace will Bio-Pflicht	8
Kurde und Türke im Gespräch: «Die Ausschreitungen haben uns überrascht»	9

Autor: Ph.Flück

Öffentlicher Raum: «Kinder haben zu wenig Platz zum Spielen»

Pro Juventute kritisiert den Mangel an kinderfreundlichen Freiräumen. Das habe negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder.

Nach der Schule spielen Kinder auf dem Pausenplatz Fussball, im Quartier zieren farbige Kreidezeichnungen den Boden. Solche Bilder drohen laut Pro Juventute zu verschwinden: «In der Schweiz gibt es immer weniger kinderfreundliche öffentliche Räume», schreibt die Organisation in einer Mitteilung. Um darauf aufmerksam zu machen, lanciert die Organisation die Kampagne «Mehr Platz für uns».

«In der Schweiz sind viele Freiräume entweder nicht attraktiv für Kinder oder sie werden aus Sicherheitsgründen über Nacht sowie am Wochenende geschlossen, wie es etwa bei Schulhöfen der Fall ist», kritisiert Sven Goebel, Bereichsleiter Partizipation und Freiraum bei Pro Juventute Schweiz. Die Verstädterung und die Zunahme des Verkehrs sowie die Einschränkung des Zugangs führten dazu, dass Kinder heute immer weniger Platz zum Spielen hätten.

Spielplätze statt brachliegendes Land

Hinzu komme, dass Eltern, Lehrer und Behörden zunehmend vorsichtiger würden. Deshalb werde es den Kindern etwa verboten, ohne Aufsicht auf dem Schulgelände zu sein. Für Goebel ein Unsinn: «Kinder müssen unbedingt auch ohne Aufsicht der Erwachsenen spielen dürfen.» Freiräume seien für die Entwicklung von Kindern zentral, betont er: «Kann ein Kind nicht regelmässig draussen spielen, hat das Auswirkungen auf seine sozialen und motorischen Fähigkeiten.» Die koordinativen Fähigkeiten, die Ausdauer und die Kraft würden abnehmen.

Goebel fordert: «Es braucht gut erreichbare Freiräume, da gerade jüngere Kinder nicht weite Wege selbstständig zurücklegen können.» Deshalb sei es wichtig, dass schon bei der Planung einer neuen Siedlung Plätze eingeplant werden, an denen sich Kinder treffen und spielen können. Auch Zwischennutzungen würde Goebel begrüssen: «Es gibt so viel Land, das einfach brachliegt, weil es darauf wartet, bebaut zu werden: Dort könnte man temporäre Spielplätze bauen.»

Parkplätze in den Untergrund

Auch für Thomas Kessler, Leiter der Kantons- und Stadtentwicklung im Kanton Basel-Stadt und Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen, ist es wichtig, dass mehr kinderfreundliche Freiräume entstehen. In Basel habe man sich dafür etwas einfallen lassen: «Wir arbeiten mit dem Projekt \square 1.20m \square , bei dem wir explizit versuchen, die Pläne für neue Bauten aus der Perspektive eines Kindes zu betrachten.»

Verdichtetes Bauen eigne sich sehr gut, um kinderfreundliche Räume zu schaffen, da man in die Höhe baue und somit mehr

Grünfläche erhalten bleibe, sagt Kessler. «Weiter versuchen wir Platz zu sparen, indem wir etwa Parkplätze in den Untergrund verlegen.» Auch Verkehrsberuhigungen in Quartieren seien eine mögliche Massnahme.

Auch er plädiert zudem gegen eine nächtliche Schliessung von Spielplätzen oder Schulhöfen: «Es ist absurd, wenn man Kinder unter dem Vorwand der Sicherheit am Spielen hindert.» Kessler spricht aus Erfahrung: «Im Dorf, wo ich aufgewachsen bin, stand auf dem Pausenhof eine Dampflokomotive.» Diese sei das Lieblingsspielzeug aller Kinder gewesen. «Dieses Jahr wurde sie aber plötzlich aus Sicherheitsgründen abmontiert.»

Autor: Ph.Flück

Politische Vorstösse: Was wäre Ihre erste Handlung als Nationalrat?

In Bern mit anpacken – der Traum der Nationalrats-Kandidaten. Doch wo anfangen? Ein Überblick über die ersten Amtshandlungen bisheriger Parlamentarier.

Stellen Sie sich vor, Sie würden in den Nationalrat gewählt: Nach einem anstrengenden Wahlkampf, während dem Sie monatelang jedes Wochenende bis ins hinterste Dörfchen Ihres Kantons gereist sind, um mit potenziellen Wählern Bratwürste zu essen und Flyer am Bahnhof zu verteilen, hätten Sie endlich die Möglichkeit, direkten Einfluss auf das Schicksal der Schweiz zu nehmen und zu ändern, was Sie schon immer gestört hat.

Voller Tatendrang würden Sie also nach Bern reisen, um die Zügel der Schweizer Politik in die Hand zu nehmen. Wo würden Sie anfangen? Diese Frage wird sich all jenen stellen, die am 18. Oktober neu ins Bundeshaus gewählt werden. Ein Blick zurück zeigt, mit welchen Themen die Bisherigen ihren Einstand gegeben haben.

Neun statt sieben Bundesräte

Sie könnten zum Beispiel wie SVP-Nationalrat Lukas Reimann gleich mit einer ganzen Liste an Motionen und Interpellationen im Bundeshaus ankommen. Dabei würden Sie in Ihrem ersten Amtsjahr kein Thema unbehandelt lassen: Von einer Interpellation über die «Radikalisierung unter Muslimen in der Schweiz» über eine Motion zur «Entkriminalisierung des privaten Pokerspiels» bis hin zur «Deklarationspflicht für Schächtfleisch» wäre alles dabei.

Vielleicht würden Sie doch lieber gleich international ein Zeichen setzen und eine Motion zur «Bewerbung als Gastgeberland für die Uno-Klimakonferenz» einreichen, wie es SP-Nationalrätin Evi Allemann nach wenigen Monaten in Bern tat. Oder Sie könnten versuchen, die Schweizer Politik grundlegend umzukrempeln, wie CVP-Nationalrätin Christine Buillard-Marbach und FDP-Nationalrätin Isabelle Moret. Buillard-Marbach wollte mit ihrer ersten Motion die Anzahl der Magistraten von sieben auf neun erhöhen, während Moret die Amtszeit der Bundesräte auf höchstens zwei Legislaturen beschränken wollte.

Mehr Eishockey und Kitesurfen

Natürlich könnten Sie Ihre Legislatur auch mit weniger dramatischen Änderungen beginnen, etwa mit einer parlamentarischen Initiative, um das Handzeichen an Fussgängerstreifen wieder einzuführen, wie es Sylvia Flückiger-Bäni (SVP) gemacht hat. Sie könnten aber auch etwas für Ihre Freizeit tun und eine Motion einreichen zur «Gleichstellung des Kitesurfens mit anderen Wassersportarten». Oder sich in einer Anfrage darum bemühen, dass mehr Eishockey-Spiele im Fernsehen gezeigt

werden, wie es Bernhard Guhl (BDP) respektive Christian Wasserfallen (FDP) getan haben.

Falls Sie hingegen von Anfang an sichergehen wollen, dass Sie auch im nächsten Wahlkampf genügend potentielle Wähler erreichen, können Sie es SVP-Nationalrat Andreas Aebi gleichtun: In seiner allerersten parlamentarischen Initiative zur «Feldwerbung als Nebenerwerb für die Schweizer Bauern» wollte er die Gesetzgebung dahingehend anpassen, «dass Feldwerbung generell zugelassen wird».

Sollten Sie sich trotz der zahlreichen Vorschläge noch nicht entschieden haben, wie Sie Ihre erste Legislatur beginnen würden, werden Sie weitere Ideen in unserer Bildstrecke finden.

Autor: Ph.Flück

Arbeitsame Politiker: «Mein Studium finanzierte ich als Käser»

Die Stipendieninitiative entfacht eine Diskussion um Studentenjobs. 20 Minuten hat nachgefragt, wie Parlamentarier ihr Studium finanziert haben.

Die Stipendien-Initiative will allen Absolventen einer höheren Berufsbildung und allen Studenten in der Schweiz einen «minimalen Lebensstandard» garantieren. Wer sich mit eigener Erwerbsarbeit und finanzieller Unterstützung der Eltern nicht durchschlagen kann, soll ein Anrecht auf Stipendien erhalten. Die Vergabe von Stipendiengeldern soll zu diesem Zweck in der ganzen Schweiz harmonisiert werden.

Bekannt ist, dass zwei Drittel aller Absolventen einer höheren Berufsbildung und aller Studenten während ihrer Ausbildung arbeiten. Dies habe auch die meisten Schweizer Parlamentarier getan. 20 Minuten hat bei Nationalräte nachgefragt, die keine Stipendien bezogen haben, welchen Jobs sie nachgegangen sind.

Käser Wasserfallen und Dachdecker Candinas

FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen arbeitete unter anderem in einer Käserei. «Dies aber nur am Anfang meiner Studienzzeit, später fand ich eine Stelle in einer Kaffeemaschinenfabrik.» Dort habe er jeweils mehrere Wochen lang in der Montage gearbeitet. Damit habe er genug verdient: «Ich wohnte noch zu Hause, deshalb hatte ich keine grossen Ausgaben.»

Sein Parteikollege Andrea Caroni konnte während dem Jus-Studium auf die finanzielle Hilfe seiner Familie zählen. «Trotzdem habe ich während dem Studium lange Zeit als Assistent an der Universität gearbeitet.» Die Hilfe seiner Eltern erlaubte es ihm auch noch einige nichtbezahlte Praktika zu machen.

CVP-Nationalrat Martin Candinas arbeitete während den Ferien bei seinem Onkel auf dem Bauernhof. «Später durfte ich dann im Dachdeckergeschäft meines Vaters mitwirken.» So habe er nicht nur ein wenig Geld verdient, sondern auch «gelernt zu arbeiten».

«Ich arbeitete in einer Metzgerei»

SP-Nationalrätin Nadine Masshardt hatte während ihres Geschichtsstudiums gleich mehrere Jobs: «Ich war Deutschlehrerin für Nichtmuttersprachler, dann kam ein Job im Service dazu und schliesslich arbeitete ich in der Unternehmenskommunikation.» Weiter hatte sie ein Zusatzeinkommen als Mitglied des Berner Kantonsparlaments und jobbte als Platzanweiserin im Stadttheater Langenthal. Es sei als Studentin nicht immer einfach gewesen alles unter einen Hut zu bringen, doch dies habe sie gerne in Kauf genommen: «Ich hatte dafür sehr viele Freiheiten.»

Auch Evi Allemann (SP) gab während ihrem Rechtswissenschaftsstudium Deutschunterricht für Fremdsprachige. «Ich habe aber auch Kinder gehütet, in einer Anwaltskanzlei ausgeholfen und sogar in einer Metzgerei gearbeitet.» Viele dieser Jobs habe sie parallel zu einander gehabt: «Ich lebte sehr bescheiden und habe gelernt, mit wenig Geld über die Runden zu kommen.»

Matthias Aebischer (SP) besuchte das Lehrerseminar und hatte ebenfalls mehrere Jobs: «Ich packte in einer Drogerie mit an und putzte in den Ferien Schulhäuser.» Dies habe gereicht, weil er erst mit 20 Jahren von zu Hause auszog. «Ausserdem wurde besonders das Schulhausputzen sehr gut bezahlt.»

«Ich musste den Gurt enger schnallen»

SVP-Nationalrat Thomas Aeschi hat Betriebswirtschaft an der Universität St.Gallen studiert. Er wollte sich vollständig auf sein Studium konzentrieren: «Deshalb habe ich vor meiner Studienzzeit bei der Sandwich-Kette Subway gearbeitet und das Ersparte zur Finanzierung des Studiums verwendet.» Er habe genug Geld gehabt, musste aber den Gürtel zum Teil enger schnallen: «Man überlegt es sich immer zwei Mal, bevor man Geld ausgibt, um beispielsweise in den Ausgang zu gehen.»

Mehr Glück hatte sein Parteikollege Lukas Reimann. «Ich arbeitete während dem Jus Studium zuerst im Denner und später in einer Anwaltskanzlei, dann wurde ich Nationalrat und die Zeit für weitere Jobs neben dem Studium fehlte.»

«Mehr ein Müssen als ein Wollen»

Bastien Girod, Nationalrat der Grünen, hat sich schon während seinem Umweltnaturwissenschaftsstudium für Umweltangelegenheiten engagiert: «Ich machte Werbung für verschiedene Umweltorganisationen.» Später sei er Assistent geworden an der ETH Zürich, wo er studiert hat. «Die Arbeit bereitete mir damals noch deutlich weniger Freude als meine Forschung heute.»

Auch seine Parteikollegin Aline Trede war während ihrem Studium der Umweltwissenschaft als Assistentin an der ETH tätig. «Nebenbei dreht ich noch Filme für verschiedene Kampagnen und schliesslich wurde ich Koordinatorin der jungen Grünen.» Damit habe sie etwa zwei Drittel ihrer Kosten decken können, der fehlende Teil wurde von ihren Eltern beigesteuert.

Autor: Ph. Flück

EU-Flüchtlingspläne: «Allein in der Schweiz gab es mehr Asylgesuche»

Die EU will 20'000 Flüchtlinge auf ihre Mitglieder verteilen. Für Europa-Experte Gilbert Casaus ein Tropfen auf den heissen Stein. Trotzdem sollte die Schweiz mitmachen.

Herr Casaus*, die EU-Kommission schlägt vor, in den nächsten zwei Jahren 20'000 Flüchtlinge nach einem Quotensystem auf ihre Mitgliedsstaaten zu verteilen. Was bedeutet das für die Schweiz?

Das wird sich noch zeigen. Die Schweiz ist kein EU-Mitglied und wäre deshalb nicht automatisch verpflichtet, am Quotensystem teilzunehmen. Aber sie ist Teil des Dublin-Abkommens, weshalb eine Teilnahme infrage käme. Eine Teilnahme würde auch der humanitären Tradition der Schweiz entsprechen.

Bei der Berechnung des Verteilschlüssels sollen die Bevölkerung und die Wirtschaftskraft des Mitgliedsstaates jeweils zu 40 Prozent berücksichtigt werden, die Zahl der bisherigen Asylanträge und die Arbeitslosenquote je zu 10 Prozent. Wie viele Flüchtlinge müsste die Schweiz dann aufnehmen?

Im Vergleich zum heutigen System wohl eher weniger. Natürlich ist die Schweiz wirtschaftlich stark, doch es ist eben auch nur ein verhältnismässig kleines Land. Zudem würde die Schweiz im Quotensystem wahrscheinlich eine Sonderstellung geniessen, da sie kein EU-Mitglied ist und es deshalb als Zeichen der Solidarität zu verstehen wäre, wenn sie kooperieren würde. Deshalb würde sicher keine enorme Zahl an Flüchtlingen in die Schweiz strömen.

Wird das Quotensystem helfen, die Flüchtlingskrise zu entschärfen?

Wahrscheinlich nicht. 20'000 Flüchtlinge verteilt auf alle EU-Staaten, das ist nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Zum Vergleich: In der Schweiz haben 2014 total 22'000 Personen ein Asylgesuch gestellt. Die ganze Aktion hat deshalb eher symbolische Bedeutung. Das ist der grosse Schwachpunkt dieses Vorschlags. Andererseits steht die EU vor einem äusserst dringenden Problem und kann nicht lange fackeln. In diesem Licht finde ich, dass ein Quotensystem momentan zumindest eine adäquate Lösung ist. Es könnte eine wegweisende Funktion haben.

Könnte dieses Signal trotzdem dazu führen, dass noch viel mehr Flüchtlinge nach Europa strömen?

Nein, wir dürfen nicht vergessen, dass Europa nicht das Zentrum der Welt ist. Afrikanische Länder nehmen viel mehr Flüchtlinge auf als wir. Deshalb muss aber Europa zuerst überlegen, ob es bereit ist, vor Ort zu intervenieren und mehr Mittel für eine Lösung einzusetzen, oder weiter Almosenpolitik betreiben will.

Grossbritannien möchte sich aber genau aus diesem Grund nicht am Quotensystem beteiligen. Der zuständige Innenminister befürchtet, dass das Land sonst überrannt wird.

Das glaube ich nicht. Für Grossbritannien sind das Problem nicht die paar tausend Flüchtlinge, die es mit dem Quotensystem aufnehmen müsste. Vielmehr geht es hier um das grundlegende Verhältnis zwischen Grossbritannien und der EU.

*Gilbert Casaus ist Professor für Europastudien an der Universität Freiburg

Autor: Ph. Flück

Dschihad-Hotline: «Schweizer Muslime unter Generalverdacht»

Der Bund prüft neue Massnahmen zum Schutz vor Dschihadisten. Muslime sind besorgt unter Generalverdacht zu kommen.

Eine Task Force des Bundes kommt zu Schluss, dass die Schweiz mehr tun sollte, um Dschihad-Sympathisanten frühzeitig zu identifizieren und deren Reise in ein Kriegsgebiet zu verhindern. Gleich mehrere Massnahmen wurden in einem Bericht, der am Donnerstag veröffentlicht wurde, vorgestellt. Neben der Sensibilisierung von Polizeikräften und Programmen zur Radikalisierungs-Prävention prüft die Task Force auch die Einführung einer Telefon-Hotline, über welche die Bevölkerung verdächtige Leute melden kann.

Nicht vorgesehen ist hingegen ein Einreiseverbot für Personen, die in ein Konfliktgebiet gereist sind und Sympathie für die dschihadistische Sache bekunden. Auch gegenüber dem Entzug der Reisedokumente von verdächtigen Personen sprach sich die Task Force skeptisch aus.

Gelobt wird das Programm des Bundes aus Deutschland. Peter R. Neumann, Professor für Sicherheitsstudien am King's College in London, schreibt auf seinem Twitter-Profil: «Die Schweiz hat eine nationale Strategie gegen dschihadistische Auslandskämpfer, Deutschland nicht. Warum?» Sein Tweet wird begleitet von einem Bild mit den wichtigsten Kernaussagen des Task-Force-Berichtes.

Angst vor Generalverdacht

Der Präsident der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz (Kios), Fahrhad Afshar, ist empört über die Pläne, mittels einer Hotline Verdächtige zu melden: «Somit steht jeder Muslim unter Generalverdacht.» Wenn die Öffentlichkeit eingeladen werde, Muslime zu denunzieren, könne dies sehr schnell ausser Kontrolle geraten.

Auch Hisham Maizar, Präsident der Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz (Fids), kann der Hotline nichts Gutes abgewinnen: «Vorhaben, bei denen Muslime unter Generalverdacht gesetzt werden, sind nicht akzeptabel.» Viel nützlicher wäre eine Hotline, um Menschen zu helfen, die Probleme mit dem Extremismus hätten □ «nicht um diese zu verpeifen».

Der Generalsekretär vom Verband Schweizerischer Polizei-Beamter, Max Hofmann, macht sich Sorgen um die Kapazität der Polizeikorps, eine solche Hotline zu betreiben: «Klar ist, wenn die Hotline entsteht, muss genügend Personal zur Verfügung gestellt werden.» Ausserdem könnten mögliche Dschihadisten eigentlich schon heute bei der Polizei gemeldet werden, wie alle anderen Verbrecher auch.

«Nachrichtendienst ist schlecht informiert»

Albert A. Stahel, Strategieexperte der Uni Zürich, ist mit den geplanten Massnahmen der Task Force nicht zufrieden: «Das ist wieder typisch schweizerisch.» In der ganzen Welt würde man die Drohung durch Dschihadisten ernst nehmen, nur in der Schweiz spreche man über Websites und Hotlines. «Eine solche Hotline zeigt, dass der Nachrichtendienst über die Zahl der Dschihadisten nicht informiert ist.» Das fehlende Wissen des Bundes sei das grösste Problem, deshalb sei der erste richtige Schritt die Umsetzung des neuen Nachrichtendienstgesetzes. «Dann weiss man, wer wo woran beteiligt ist.»

Autor: Ph. Flück

Soziale Ungleichheit: Der Klassenkampf beginnt beim Heiraten

Die soziale Ungleichheit wird immer grösser. Grund dafür ist laut Experten, dass Frauen nicht mehr Männer mit einer höheren sozialen Stellung heiraten.

Der Arzt heiratet die Krankenschwester, der Anwalt die Sekretärin und der Kardiologe die Assistentin. Was früher noch gang und gäbe war, kommt heute immer seltener vor: Frauen heiraten sich kaum mehr «nach oben». Stattdessen heiraten immer öfter Menschen aus derselben sozialen Klasse.

Was auf den ersten Blick ein Schritt in Richtung Geschlechtergleichstellung zu sein scheint, hat auch Schattenseiten: Die Einkommensungleichheit zwischen armen und reichen Haushalten wird grösser, wenn nur Menschen aus der gleichen sozialen Schicht einander heiraten, schreibt Spiegel online. Dass diese «Tendenz zur Paarung unter Gleichen» ein Grund für die wachsende Ungleichheit in der westlichen Gesellschaft ist, belegt sogar eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

«Ständegesellschaft droht»

«Es ist auch in der Schweiz so, dass Leute aus der gleichen sozialen Schicht vermehrt untereinander heiraten», bestätigt Beziehungscoach Rainer Grunert. Dies geschehe vor allem, weil in den Industrieländern die Trennung zwischen den verschiedenen sozialen Klassen sehr strikt sei. Wenn diese Trennung so weit gehe, dass sogar Beziehungen darunter leiden würden, dann ist für Grunert der Moment gekommen, in dem man anfangen müsse, sich Gedanken darüber zu machen.

«Die Durchmischung der Klassen darf auf keinen Fall verschwinden.» Falls die sozialen Klassen ihre Durchlässigkeit verlieren würden, könne dies zur Folge haben, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffne. «Es droht ein Rückschritt zur Ständegesellschaft.»

Schädlich für die Beziehung

Auch Andrea Klausberger, Leiterin von «Partnervermittlung mit Herz», beobachtet einen solchen Trend: «Oft will jemand, der einen Job mit einem hohen sozialen Stellenwert hat, einen Partner, der den gleichen Hintergrund und das gleiche finanzielle Polster hat.» Als Beispiel nennt sie gemeinsame Reisen: Da sei es gut, wenn jeder seinen eigenen Teil an den Kosten beisteuern könne.

Allerdings berge es auch Zündstoff, wenn die Frau auf Augenhöhe mit dem Mann sei: «Im klassischen Bild einer Beziehung ist der Mann verantwortlich für das Finanzielle. Ist dies nicht der Fall, kann er diesbezüglich Komplexe entwickeln.» Ausserdem könne es viel schneller zu Konflikten kommen, wenn zwei Personen miteinander ausgehen, die es sich gewohnt sind, dominant zu sein.

«Geld heisst Macht»

Paartherapeut Klaus Heer sieht ebenfalls die Gefahr eines erhöhten Konfliktrisikos: «Bei gleicher Augenhöhe kann es immer zu Rivalität und Machtkämpfen innerhalb der Beziehung kommen.» Geld sei immer ein prekäres Thema in einer Beziehung.

Gleichzeitig sieht es Heer aber auch als Chance, wenn in einer Beziehung beide den gleichen sozialen Status haben: «Gleichheit kann ein Gleichgewicht bringen. Dies ist wiederum die Voraussetzung für eine glückliche Beziehung.» Finanzielle Gleichheit verhindere, dass eine Person von der anderen abhängig sei: «Geld in einer Beziehung heisst oft Macht oder eben Ohnmacht.»

Fühlen Sie sich vom Artikel angesprochen? Sind Sie vielleicht Arzt und würden sich eher mit einer Ärztin einlassen als mit einer Krankenschwester? Erzählen Sie uns Ihre Erfahrungen! Schreiben Sie an: feedback@20minuten.ch

Autor: Ph. Flück

Grüne Vorstösse: Pestizide machen krank – Greenpeace will Bio-Pflicht

Laut einer Greenpeace-Studie machen uns Pestizide krank. Die Grünen fordern nun, dass nur noch Bioprodukte angebaut werden dürfen – die Bauern wehren sich.

Mit dem Pflanzenschutzmittel Glyphosat werden in der Schweiz Obstbäume, Felder und Reben besprüht. Nun schlägt Greenpeace Alarm: Eine Studie der Umweltschutzorganisation soll belegen, dass der Einsatz des Pestizids krank macht. Die medizinische Literatur zeige einen statistischen Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Pestiziden und Krankheiten wie Krebs, Alzheimer oder Parkinson, heisst es im Bericht, der von Greenpeace-Forschern aus der aktuellen medizinischen Literatur zusammengestellt wurde. Auch das Risiko für Fehlentwicklungen, neurologischen und immunologischen Störungen sei insbesondere bei Kleinkindern und Ungeborenen erhöht. In Pestiziden enthaltene Chemikalien könnten selbst im Mutterleib direkt auf das Kind übergehen.

Durch die Verschmutzung von Böden und Wasserwegen seien auch Erwachsene einem wahren Pestizidcocktail ausgesetzt, heisst es in der Studie weiter. Deshalb fordert Greenpeace «den unverzüglichen Ausstieg aus der Verwendung sämtlicher Pestizide, die für Nichtzielorganismen giftig sind» und die Hinwendung zur sogenannten «ökologischen Landwirtschaft», die ohne Pestizide auskommt. «Somit können wir die Gefahr für Mensch und Tier zumindest minimieren», erklärt Yves Zenger, Pressesprecher von Greenpeace.

«Bioproduktion ist die Zukunft»

Dieses Ziel teilen die Grünen. Sie haben vergangene Woche im Parlament ein ganzes Vorstosspaket eingereicht, mit dem sie den Bundesrat dazu auffordern, die Gefahr des Einsatzes von Glyphosat und glyphosathaltigen Produkten zu prüfen und gegebenenfalls zu sistieren. «Den Verdacht, dass diese Stoffe schädlich sein könnten, gibt es schon lange. Diese Studie bestätigt dies nun», erklärt Louis Schelbert, Nationalrat der Grünen.

Auch für ihn ist die Anwendung von Pestiziden langfristig keine sinnvolle Option mehr für die Landwirtschaft: «Die Zukunft liegt ganz klar in der schadstofffreien Bioproduktion.» Landwirtschaft müsse für den Boden, das Wasser und die Tiere nachhaltig sein. «Nur der Bio-Anbau entspricht diesen Anforderungen.»

Wichtig für Landwirtschaft

Markus Ritter, CVP-Nationalrat und Präsident des Schweizer Bauernverbands, will hingegen nichts wissen von einem totalen Pestizidverbot □ das sei unverhältnismässig: «Pestizide garantieren eine gewisse Erntesicherheit. Müssten wir ohne Pestizide auskommen, wären die Erträge sicher

wesentlich kleiner.» Dies würde dazu führen, dass die Produkte auf dem Markt teurer würden.

Trotzdem findet es auch Ritter wichtig, dass Gesundheitsrisiken möglichst ausgeschlossen werden können: «Sollte sich ein Pestizid als schädlich erweisen, ist es richtig, dieses zu verbieten.» Dies dürfe aber nur nach einer breit abgestützten wissenschaftlichen Untersuchung geschehen. «So kann man auch den Bauern erklären, warum sie einen bestimmten Stoff nicht mehr einsetzen dürfen.» Auf keinen Fall dürfe es sich nur um ein politisches Verbot handeln.

«Bio ist Augenwischerei»

Auch Immunologe Beda Stadler, der in der Vergangenheit mehrfach durch Kritik am Bio-Hype aufgefallen ist, hält wenig von den Forderungen von Greenpeace und den Grünen: «Pestizide wie Glyphosat sind harmlos, wenn sie richtig eingesetzt werden.» Natürlich sollte man «nicht gleich flaschenweise davon trinken», doch für den landwirtschaftlichen Einsatz sei dieser Stoff völlig unproblematisch. Menschen würden Glyphosat schon seit Jahrzehnten benutzen: «Dass man nun ein solches Theater darum machen will, ist ein Witz.»

Biobauern würden statt Glyphosat eine Kupfersulfat-Lösung über ihre Pflanzen sprühen, diese sei für den Boden viel schädlicher, so Stadler. Der Biologe wittert hinter den Forderungen vor allem eine wirksame PR-Aktion: Bio sei heute für viele Menschen eine Ersatzreligion geworden. Deshalb überrasche es ihn nicht, dass Greenpeace nun auf diese setze. «Man hofft wohl damit möglichst viele Menschen zum Spenden zu bewegen.»

Greenpeace wehrt sich gegen diesen Vorwurf: «Es ist ausreichend wissenschaftlich belegt, dass Pestizide wie Glyphosat krank machen können.» Als Immunologe sollte Stadler das eigentlich wissen, so Zenger. «Aber als Jünger der Agrochemie fehlt ihm da die nötige Distanz.»

Autor: Ph.Flück

Kurde und Türke im Gespräch: «Die Ausschreitungen haben uns überrascht»

In den letzten Tagen kam es in der Schweiz zu Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken. 20 Minuten hat Vertreter beider Seiten an einen Tisch eingeladen.

Nach den Zusammenstössen zwischen Kurden und Türken in Bern wurde die Redaktion mit emotionalen Rückmeldungen überschwemmt. Ein Zusammenleben zwischen Kurden und Türken könne niemals funktionieren, schrieben wütende Angehörige beider Gruppen und erhoben schwere Anschuldigungen gegen die jeweils andere Seite. 20 Minuten versuchte daraufhin, das Gespräch mit beiden Seiten zu suchen. Doch das gestaltete sich schwierig. Man spreche nicht mit Terroristen oder man habe Angst, Opfer von Angriffen zu werden, lauteten die häufigsten Antworten. Manche drohten gar mit Gewalt.

Erst nach einer intensiven Suche ist es gelungen, zwei junge Männer zu finden, die öffentlich und in friedlicher Art und Weise über den Konflikt sprechen wollen. Gökan Gül (32) ist in Winterthur geboren und aufgewachsen. Seine Mutter stammt aus Ostanatolien. Im Herkunftsdorf seiner Mutter ist man eher antikurdisch eingestellt. Sein Vater ist Kurde aus Zentral-anatolien. Delil Stêr (22) ist im Kanton Basel-Landschaft aufgewachsen. Er ist Kurde und stammt ursprünglich aus Kahramanmaras, einer türkischen Grossstadt im Süden des Landes.

Viele Kurden und Türken haben uns via E-Mail ihre Meinung zum aktuellen Konflikt mitgeteilt. Allerdings war kaum jemand bereit, öffentlich darüber zu sprechen. Können Sie sich vorstellen, warum?

Delil Stêr: Das war zu erwarten. Viele haben Angst: Wenn man sich über die Türkei in der Öffentlichkeit staatskritisch äussert, kann dies bei einer Einreise in die Türkei zu Schwierigkeiten führen. Auch mir wurde empfohlen, nicht an diesem Gespräch teilzunehmen, da ich Verwandte in der Türkei habe.

Gökan Gül: Ich glaube, viele befürchten auch, selbst in der Schweiz in Schwierigkeiten geraten zu können. Es besteht die Gefahr, von Andersgesinnten angepöbelt oder tätlich angegriffen zu werden.

Fühlt man sich denn als Kurde oder Türke in der Schweiz nicht sicher?

Gül: Bisher war es hier weitgehend friedlich. Nach den Vorfällen in Bern habe ich sowohl mit Türken als auch mit Kurden in meinem Umfeld das Gespräch gesucht. Zu meiner Beruhigung habe ich festgestellt, dass beide Seiten die Ausschreitungen verurteilen.

Stêr: Natürlich verurteilen die meisten, was in Bern passiert ist. Man muss aber auch sehen, dass es im Moment in ganz Europa kleinere oder grössere Auseinandersetzungen gibt. In

Hannover beispielsweise wurde kürzlich ein Kurde niedergestochen. Man darf auch in der Schweiz diesen Konflikt nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Haben Sie die Ausschreitungen in der Schweiz überrascht?

Gül: Klar. Man wusste zwar, dass die Lage in der Türkei sehr angespannt ist, trotzdem war ich schockiert, dass so etwas in der Schweiz passieren konnte. Die Demo der Türken war ja auch bewilligt, deshalb dachte wohl niemand, dass es zu solchen Ausschreitungen kommen würde.

Stêr: Mich hat es auch überrascht, obwohl ich zugeben muss, dass ich die Gewalt ein Stück weit verstehen kann. Man darf sie zwar auf keinen Fall tolerieren, aber wenn man bedenkt, dass die meisten Kurden in der Schweiz Familienangehörige oder Bekannte haben, denen in der Türkei Unrecht widerfahren ist, kann man sich schon vorstellen, dass die Wut auch hier sehr gross ist.

Gül: Da bin ich anderer Meinung: Ich kann die Gewalt absolut nicht nachvollziehen.

Warum tragen Türken und Kurden den Streit in der Schweiz aus?

Stêr: Es gibt viele Kurden und Türken in der Schweiz, wir sind ein Teil der Schweizer Gesellschaft und die Schweiz ist unser Heimatland. Deshalb sollten wir auch hier demonstrieren dürfen.

Gül: Es geht ja nicht um die Demonstration, sondern um die Gewalt. Gegen eine friedliche Demonstration hätten die meisten Schweizer wohl nichts gehabt. Doch ich verstehe schon, dass man als Schweizer Angst bekommt, wenn Menschen aus anderen Völkern plötzlich mitten in der Stadt aufeinander losgehen.

Stêr: Man muss aber auch sehen, dass nur einzelne Personen gewalttätig wurden. In den veröffentlichten Videos sieht man viele Menschen, die schlichten wollen.

Warum flammt der Konflikt ausgerechnet jetzt so stark auf?

Gül: Um das zu verstehen, muss ich etwas ausholen: Im letzten Jahrzehnt hat die türkische Regierung, mit Erdogans Partei AKP an der Spitze, den Kurden gewisse Zugeständnisse gemacht. Sie durften beispielsweise einen kurdischen TV-Sender einrichten oder die kurdische Sprache an privaten Schulen unterrichten. Bei den diesjährigen Wahlen hat aber die HDP, die unter anderem die Interessen der Kurden vertritt, überraschend einen Stimmenanteil von etwa 13 Prozent erreicht, weshalb sie nun im Parlament vertreten ist und die

AKP keine absolute Mehrheit erreichen konnte. Dies hat bei der AKP, wie auch bei den Nationalisten, für grossen Unmut gesorgt, dazu kommt, dass die HDP teilweise mit der PKK gleichgesetzt wird, weshalb Übergriffe auf Parteigebäude der HDP stattfanden. Extremistische Kurden haben sich gewehrt und so kam es zu immer mehr Gewalt. Nun wird es zu Neuwahlen kommen, da weder die AKP noch die HDP eine Koalition eingehen will.

In der Schweiz sind bereits weitere Demonstrationen angekündigt. Gewisse Leute befürchten, dass der Konflikt eskalieren könnte.

Gül: Sollte die HDP bei Neuwahlen schlechter abschneiden und keinen Sitz im Parlament haben, ist tatsächlich zu befürchten, dass sehr viele Kurden auch in der Schweiz auf die Strasse gehen werden.

Stêr: Genau, in so einem Fall könnte es zu weiteren Ausschreitungen kommen. Was auch ein Stück weit verständlich ist: Das kurdische Volk wurde sehr lange unterdrückt. Nun haben die Kurden zum ersten Mal die Chance bekommen, im Parlament eine Stimme zu haben. Sollte dies rückgängig gemacht werden, wäre die Wut im kurdischen Volk riesig.

Wie stark hat die Kurdenpartei PKK in der Schweiz ihre Finger im Spiel? Sollte sie in der Schweiz als terroristische Organisation eingestuft werden, wie dies etwa in der EU oder in den USA der Fall ist?

Stêr: Nein, das darf nicht passieren. Natürlich heisse ich nicht alles gut, was die PKK gemacht hat, doch ohne sie könnte ich wahrscheinlich heute noch nicht gefahrlos sagen, dass ich Kurde bin. In der Schweiz gibt es viele PKK-Sympathisanten, weil die PKK vieles für sie getan hat.

Gül: Sicher ist: Ein friedlicher Dialog ist nur dann möglich, wenn die PKK-Anhänger die Waffen ablegen.

Stêr: Aber die PKK ist ja zur Verteidigung der Kurden da, deshalb brauchen sie doch die Waffen.

Wie glauben Sie, kann der Konflikt zumindest in der Schweiz friedlich beigelegt werden?

Gül: Ich würde es wichtig finden, wenn Kurden und Türken, die miteinander ein Problem haben, auf eine Begegnungsplattform zurückgreifen könnten. Auf diese Weise könnte man Missverständnisse friedlich klären, da Türken und Kurden mehr Gemeinsamkeiten haben als Differenzen.

Stêr: Genau. In diesem Konflikt geht es vor allem um mangelnde Aufklärung. Wenn man den faschistischen Türken einmal friedlich erklären würde, was die Kurden wollen und warum dies so ist, bin ich sicher, dass sie einsehen würden, dass sich etwas ändern muss.